

Selten waren sich die Schweizerinnen und Schweizer derart einig: 94 Prozent sind der Meinung, dass Kinder- und Jugendliche besser vor den schädlichen Auswirkungen von Social Media geschützt werden müssen. Dies zeigt eine neue Studie von GFS Bern zur Digitalisierung.

«Die Zahl ist eindrücklich», sagt Angela Müller, Geschäftsführerin der Organisation Algorithm Watch CH. Für sie liegt das Problem darin, dass die Designs der Algorithmen darauf ausgelegt sind, Kinder und Jugendliche möglichst lange online zu halten. «Das müssen wir unterbinden.»

In Österreich hat die Regierung am Freitag gehandelt und ein Verbot beschlossen: Jugendliche dürfen Social Media künftig erst ab 14 Jahren nutzen. «Wir schauen nicht mehr dabei zu, wie diese Plattformen unsere Kinder süchtig und oftmals auch krank machen», sagt Vizekanzler Andreas Babler. Österreich folgt damit Australien, das im Dezember als weltweit erstes Land ein Mindestalter von 16 Jahren eingeführt hatte. Frankreich plant ein Verbot für unter 15-Jährige.

Ein Verbot ist auch hierzulande Thema. Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider hat sich bereits offen für ein solches gezeigt. Der Bundesrat solle prüfen, ob und wie ein Social-Media-Verbot für Kinder- und Jugendliche umgesetzt werden könne, fordert ihre Partei, die SP. In einer Umfrage im letzten Jahr sprachen sich 80 Prozent der Bevölkerung dafür aus. Dazu kommen die Handyverbote an Schulen, die Kantone wie Aargau, Nidwalden, Wallis oder Waadt erlassen haben.

Bis zu 16 Stunden täglich vor dem Bildschirm

Befeuert wird die Debatte jetzt auch durch ein Urteil aus den USA. Diese Woche haben Geschworene in Los Angeles entschieden, dass der Facebook-Konzern Meta und die Videoplattform Youtube, hinter der Google steckt, fahrlässig handeln und Nutzer ungenügend über Risiken informieren würden. Die Jury sprach der 20-jährigen Klägerin eine Entschädigung von 3 Millionen Dollar zu. Google will den Entscheid anfechten.

Die Frau wirft den Plattformen vor, ihre Dienste absichtlich so zu gestalten, dass die Nutzer süchtig danach würden. Vor Gericht sagte die Klägerin, sie habe als Kind bis zu 16 Stunden täglich auf Instagram, Facebook und Youtube verbracht. Obwohl sie die Inhalte zunehmend als belastend empfunden hat, konnte sie nicht aufhören. Heute leidet sie unter Depressionen.

In der Schweiz arbeitet der Bundesrat an einem neuen Gesetz, um sehr grosse Plattformen zu regulieren. Vorgesehen sind etwa Transparenzpflichten und ein Verfahren, um rechtswidrige Inhalte zu melden. In der kürzlich zu Ende gegangenen Vernehmlassung wurden die Vorschläge von verschiedenen Seiten jedoch als zu schwach eingestuft. «Bundesrat Rösti hat Kinder und Jugendliche vergessen», teilten Organisationen wie Pro Juventute und Unicef Schweiz mit.

Nun hat die Mitte letzte Woche im Parlament einen Vorstoss eingereicht, um den Bundesrat zum Umdenken zu bewegen. Die Partei fordert, dass personalisierte Werbung und Empfehlungssysteme basierend auf Algorithmen bei Minderjährigen verboten werden. «Das Problem liegt weniger im Zugang zu digitalen Geräten als in der gezielten Ausgestaltung von Plattformen, die mittels personalisierter Werbung und Algorithmen zum endlosen Scrollen



Österreich hat Social Media für Jugendliche unter 14 Jahren verboten. In der Schweiz arbeitet der Bundesrat an einem Gesetz, um sehr grosse Plattformen zu regulieren. Foto: Imago

Social Media «macht süchtig» – Kommt jetzt ein Verbot für Kinder und Jugendliche?

Big Tech unter Druck Das Misstrauen in der Schweizer Bevölkerung gegenüber Techkonzernen ist gross. Eine neue Umfrage zeigt, dass der Wunsch nach staatlicher Regulierung ausgeprägt ist.

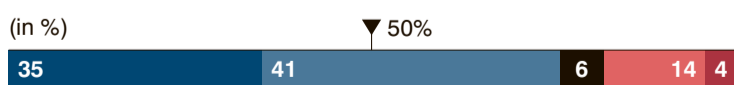
94 Prozent verlangen besseren Jugendschutz

Kinder und Jugendliche müssen besser vor den schädlichen Auswirkungen von Social Media geschützt werden. Stimmen Sie dem zu? (in %)



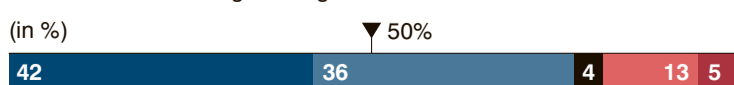
Klare Mehrheit fordert strengere KI-Regulierung

KI-Anwendungen müssen von der Schweizer Regierung stärker reguliert werden. Stimmen Sie dem zu? (in %)



Klare Mehrheit sorgt sich um Meinungsbildung

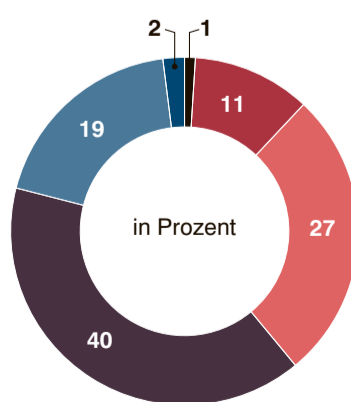
Social-Media-Plattformen haben zu viel Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung. Stimmen Sie dem zu? (in %)



■ stimme voll und ganz zu ■ stimme überhaupt nicht zu
 ■ stimme eher zu ■ stimme eher nicht zu
 ■ weiss nicht/keine Antwort

Haltung zu Big Tech ist ambivalent bis negativ

Frage: Wie stehen Sie grundsätzlich zu Firmen wie Google, Meta, Tiktok, Apple, Shein oder Microsoft?



■ sehr positiv ■ eher positiv
 ■ teils, teils ■ eher negativ
 ■ sehr negativ ■ weiss nicht/keine Antwort

verleiten», sagt Nationalrätin Regina Durrer-Knobel.

Die GFS-Studie deckt auch auf, dass in der Schweizer Bevölkerung allgemein ein grosses Misstrauen gegenüber Technologiekonzernen wie Google, Meta, Tiktok, Shein, Apple oder Microsoft herrscht. 40 Prozent der Befragten stehen den Konzernen ambivalent gegenüber, 38 Prozent beurteilen sie negativ – und nur ein Fünftel positiv.

Big Tech als Gefahr für die Demokratie?

Noch deutlicher zeigt sich die Skepsis in den Vertiefungsfragen: 84 Prozent sehen einen zu starken politischen Einfluss der Länder, aus denen die Firmen stammen. Das Misstrauen überträgt sich auch auf die Rolle der Plattformen in der Demokratie. 78 Prozent der Befragten finden, dass Big Tech zu viel Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung habe. 73 Prozent geben an, dass Onlinediskussionen zu stärkerer Polarisierung führten und den politischen Dialog erschwerten.

Tobias Keller, Projektleiter bei GFS Bern, hat «die Deutlichkeit der Kritik an Big Tech überrascht», wie er sagt. «Die Nähe der Besitzer zu Donald Trump schadet dem Image der Konzerne in der Schweiz.» Dazu komme, dass Big Tech aus Sicht der Bevölkerung zu wenig gegen Hassreden, Desinformation oder Fake News unternehme. Gemäss Studie finden 89 Prozent der Befragten, die Plattformen seien dafür verantwortlich, dass solche Inhalte nicht überhandnehmen würden.

Die Studie basiert auf einer repräsentativen Befragung von rund 1000 Personen aus der Schweizer Wohnbevölkerung ab 16 Jahren. Die Erhebung wurde im Dezember 2025 durchgeführt. Der Stichprobenfehler beträgt plus/minus 3,2 Prozentpunkte. Den Auftrag gab die Stiftung Mercator Schweiz, die nach eigenen Angaben «gemeinwohlorientierte Vorhaben» finanziert. Gegründet wurde die

Stiftung von der deutschen Unternehmerfamilie Schmidt, die an der Metro Group beteiligt ist. Die Umfrage zeigt im Weiteren, dass 58 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer dem heutigen Stand der Digitalisierung grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Und im Gegensatz zu Big Tech genießt der Staat mehr Vertrauen. Eine klare Mehrheit will diesen stärker in die Pflicht nehmen, die digitale Transformation aktiv zu gestalten.

Insbesondere in den Bereichen Datenschutz, Datensicherheit und künstliche Intelligenz werden klare Regeln und staatliche Verantwortung eingefordert. Fast vier von fünf Befragten sprechen sich dafür aus, eigene digitale Infrastrukturen und Lösungen aufzubauen – selbst wenn das mehr kostet.

Eine Mehrheit glaubt indes nicht daran, dass KI-Anwendungen globale Probleme lösen oder den Fachkräftemangel beseitigen können. «KI ist in der Wahrnehmung der Bevölkerung kein Allheilsbringer», sagt Keller von GFS Bern. 71 Prozent bevorzugen gar eine gezielte Digitalisierung mit geringerer Umweltbelastung gegenüber einem ressourcenintensiven Technologieausbau.

Digitalbranche wehrt sich gegen Verbote in der Schweiz

Auch Angela Müller von Algorithm Watch CH sieht den Staat in der Pflicht: «Big Tech hat nicht nur Marktmacht, sondern auch eine riesige Meinungsmacht.» Die Gesellschaft habe gemerkt, dass «wir uns in eine problematische Situation manövriert haben». Es gehe um Grundrechte, Demokratie, Jugendschutz und Nachhaltigkeit. «In diesen Bereichen können wir die Entwicklung nicht dem Goodwill von Privaten überlassen.»

Die Wirtschaft vertritt eine andere Position. «Digitalisierung braucht Vertrauen», sagt Jon Fanzun, CEO des Verbands der Digitalisierungsbranche (Swico). Vertrauen entstehe nicht automatisch durch mehr Regulierung. Entscheidend seien klare Regeln, Rechtssicherheit und Transparenz. «Swico steht für smarte Regulierung statt für Verbote und digitale Industriepolitik. Beides würde dem Innovationsstandort Schweiz schaden.»

Swico gehören neben vielen Schweizer Firmen auch Google, Facebook, Apple, Microsoft oder Tiktok an. «Die Skepsis gegenüber grossen Technologiekonzernen und der Ruf nach digitaler Souveränität überraschen nicht», sagt Fanzun. Digitale Souveränität heisse aber nicht Abschottung. Der Standort Schweiz sei ein Ökosystem, vom Start-up bis zum Hyperscaler – also grossen Cloud-Anbieter. «Ein digitales Reduit wäre im Cloud-Zeitalter weder realistisch noch im Interesse von Wirtschaft und Bevölkerung.»

Franziska Barmettler, CEO von Digital Switzerland, streicht derweil das Positive der Umfrage heraus: «Es ist ein starkes Signal, dass die Schweizer Bevölkerung die Digitalisierung als Chance sieht.» Die Organisation zählt über 130 Mitglieder aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – darunter Google, Microsoft, Huawei, Samsung und Tiktok.

Laut Barmettler ist es zudem wichtig, einen «sachlichen Dialog» über Risiken und den Umgang mit Abhängigkeiten von Social Media zu führen. Um den Puls der Bevölkerung bezüglich Digitalisierung und KI zu messen, führe ihre Organisation alle zwei Jahre eine Studie durch. «Zudem tragen wir mit unseren Initiativen im Bereich Ausbildung und digitale Grundkompetenzen zu mehr Verständnis und Vertrauen bei.»